

PRESSEMITTEILUNG

VHS-Verband:

Ergebnisse der PIAAC-Studie werden sträflich vernachlässigt

Die PIAAC-Studie hat erneut gezeigt, dass die Weiterbildungsbeteiligung vom sozialen Status abhängt. Gegen diese tendenzielle Spaltung muss sich gerade die sogenannte Wissensgesellschaft wenden. Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg erinnert deshalb nachdrücklich an die Ergebnisse der Enquête-Kommission „Wissensgesellschaft“, die bereits 2010 gefordert hat, die Landesregierung müsse die Weiterbildungsbeteiligung bildungsferner Menschen drastisch erhöhen. Dazu bedarf es einer deutlich erhöhten finanziellen Förderung der Arbeit der Weiterbildungsträger.

LEINFELDEN-ECHTERDINGEN, 13.02.2014. Die kürzlich veröffentlichte PIAAC-Studie (PIAAC = Programme for the International Assessment of Adult Competencies) zeigt nicht nur, dass Erwachsene in Deutschland über lediglich durchschnittliche Kompetenzen im Bereich Lesen, Alltagsmathematik und beim technologiebasierten Problemlösen verfügen. Sie belegt außerdem, dass die Bereitschaft, sich weiterzubilden immer noch vom sozialen Status, genauer, vom Bildungshintergrund der Eltern abhängt. Je qualifizierter eine Person bereits ist, desto eher nimmt sie an Weiterbildungen teil und erweitert die vorhandenen Kompetenzen. In der Auswertung der PIAAC-Studie heißt es dazu: „Die Personengruppe mit den geringsten Kompetenzen weist die vergleichsweise geringste Teilnahmequote an formaler Weiterbildung auf“ (PIAAC-Zusammenfassung Seite 25).

Für Dr. Hermann Huba, Direktor des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg, werden die Ergebnisse der PIAAC-Studie sträflich vernachlässigt, obwohl sich hier erneut eine Spaltung der Gesellschaft zeigt: „Bereits qualifizierte Menschen qualifizieren sich weiter, gering qualifizierte unterlassen es. Diese auseinander laufende Spirale bedarf höchster politischer Aufmerksamkeit. Es würde sich sozial und politisch rächen, die Ergebnisse der PIAAC-Studie im PISA-Überdruß zu ignorieren.“ Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg erinnert deshalb nachdrücklich an die Ergebnisse der Enquête-Kommission „Wissensgesellschaft“, die bereits 2010 gefordert hat, die Landesregierung müsse die Weiterbildungsbeteiligung bildungsferner Menschen drastisch erhöhen.

Die Volkshochschulen leisten in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag zur Inklusion aller durch mehr Bildungsgerechtigkeit, indem sie in ihren Angeboten einen besonderen Schwerpunkt auf die Grundbildung legen. Dabei verstehen die Volkshochschulen unter Grundbildung nicht nur, lesen, schreiben und rechnen zu können, sondern auch den Erwerb jener Kompetenzen, die ein selbstbestimmtes Leben, die Gestaltung sozialer Beziehungen und das Erkennen von Zusammenhängen ermöglichen. „Grund- und Allgemeinbildung müssen zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigen. Sie sind das Gegengift gegen soziale Selektivität und gesellschaftliche Ausgrenzung. Und genau für diese nicht lukrativen Angebote sind wir auf eine deutlich erhöhte Landesförderung angewiesen“, so Huba.

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 173 Volkshochschulen mit über 720 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, Gesundheitsbildung, in den Sprachen und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen gibt es auf der Homepage des Volkshochschulverbandes: www.vhs-bw.de.

Am 7. April 2014 bietet der Verband eine Fachtagung zum Thema Grundbildung und am 26. Juni 2014 eine Fachtagung zu den Erkenntnissen aus der PIACC-Studie an.
Eine Übersicht über alle VHS-Kursangebote gibt es ebenfalls im Internet: www.vhs.de

Kontakt: Christine Haag-Merz, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Telefon: (07 11) 7 59 00 - 60, E-Mail: haag-merz@vhs-bw.de